

Presseinformation

Deutsche Bahn zieht positive Bilanz der ersten Bahnhofs-konferenz für Brandenburg

Gemeinsame Fachtagung von Bahn, Land, Städte- und Gemeindebund

(Berlin, 14. Januar 2008) Das Land Brandenburg, der Städte- und Gemeindebund Brandenburg und die DB Station&Service AG haben sich heute im Kaiserbahnhof in Potsdam im Rahmen einer Fachtagung über die Neunutzung und Entwicklung von nicht mehr betriebsnotwendigen Bahnhofsempfangsgebäuden ausgetauscht. Neben Reinhold Dellmann, Minister für Infrastruktur und Raumordnung des Landes Brandenburg, Dr. Otto Wiesheu, Vorstand Wirtschaft und Politik der Deutschen Bahn AG, Karl-Ludwig Böttcher, Geschäftsführer Städte- und Gemeindebund Brandenburg, sowie Rolf Reh, Vorstand Betrieb und Entwicklung der DB Station&Service AG, haben Mitglieder des Landtages, zahlreiche Bürgermeister, Vertreter der Verwaltung und von Verbänden an der Veranstaltung teilgenommen. Ziel der Fachtagung war es, allen Beteiligten ein Forum für den gemeinsamen Erfahrungsaustausch zu bieten und aktuelle Themen wie den Verkauf von Empfangsgebäuden oder die Entwicklung der Bahnhofsumfelder zu diskutieren. Der Bahn war es dabei wichtig, auch über die derzeitigen Fördermöglichkeiten bei der Bahnhofsentwicklung zu informieren. Fördermittel des Bundes können bei Empfangsgebäuden ausschließlich für den Teil des Bahnhofs verwendet werden, der für den Reise- und Zugverkehr notwendig ist. Die zentralen Fragen bei der Sanierung von Empfangsgebäuden, so Wiesheu, seien die wirtschaftliche Nutzung und die Erschließung zusätzlicher Finanztöpfe. Er begrüßte den Vorschlag von Minister Dellmann die Fachtagung künftig regelmäßig durchzuführen: „Wir brauchen einen kontinuierlichen Dialog mit allen Beteiligten, um die Lösung des Themas Empfangsgebäude sachgerecht voranzubringen.“ Reh wies in diesem Zusammenhang daraufhin: „Wir haben in Brandenburg zahlreiche Empfangsgebäude, die wir für den Eisenbahnbetrieb nicht benötigen. Eine Sanierung und Vorhaltung ist deswegen für uns wirtschaftlich nicht darstellbar. Um hier zu Lösungen zu kommen, benötigen wir geeignete Investoren, aber auch die Unterstützung der Partner von Bund, Land und Kommunen“. Reh stellte darüber hinaus klar, dass jedes zu veräußernde Gebäude zuerst den Kommunen und Gemeinden zum Kauf angeboten wird. „Die Gemeinden haben hier, wie bisher, das Erstkaufsrecht. Unser Ziel bleibt es, diese Gebäude und das Umfeld gemeinsam mit allen Beteiligten weiterzuentwickeln.“ Bei der Auswahl eines Investors legt die Bahn besonderen Wert auf eine konzeptionelle Ausrichtung und finanzielle Leistungsfähigkeit. Weiterhin machte er deutlich, dass es mit der Regionalbereichsleitung von Station&Service für Land, Städte und Gemeinden einen zentralen Ansprechpartner gibt.